agenzia fides
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org
Fondata nel 1927

ASIEN/MYANMAR - Aufruf zur Achtung ethnischer und religiöser Rechte von Minderheiten

Yangon (Fidesdienst) – Mit einem Aufruf zur Achtung der ethnischen und religiösen Rechte der Minderheiten in Myanmar wandte sich ein Bündnis verschiedener Nichtregierungsorganisationen, darunter „Human Rights Watch“, „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) und „Chin Human Rights Organization“ (CHRO), „Kachin Women Association Thailand“ (KWAIT), an die Weltöffentlichkeit. Das Bündnis fordert von der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere den USA und der Europäischen Union, mehr Engagement dafür, dass diese Themen in die Agenda der Reformen aufgenommen werden.
In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, berichtet Salai Za Uk Ling von CHRO, dass christliche Kinder und Jugendliche aus dem Volk der Chin „zur Bekehrung zum Buddhismus gezwungen werden, indem man sie in von Militärs verwaltete Schulen ‚für die Entwicklung und Bildung der Jugend’ schickt. „Die Diskriminierung auf ethnischer und religiöser Basis ist tief in den Institutionen verwurzelt. Die Reformen sollten solche Strukturen beseitigen, die eine Anpassung der ethnischen und religiösen Minderheiten erzwingen“, so die Menschenrechtsaktivistin.
Das Bündnis der Nichtregierungsorganisationen erinnert an „die Offensive der birmanischen Armee gegen Zivilsten im Staat Kachin, den Konflikt und das Elend der Rohingya im Staat Rakhine, Verstöße gegen Religionsfreiheit und Menschenrechte im Staat Chin“. Die Organisationen fordern deshalb „mehr Druck auf die birmanische Regierung, damit Menschenrechtsverstöße bekämpft werden und die Regierung unter Thein Sein sich tatsächlich für den Friedensprozess einsetzt“. In diesem Zusammenhang wird auch „Zugang für humanitäre Organisationen in die betroffenen Gebiete“ gefordert.
Wie aus jüngsten Berichten hervorgeht, wurde ein 13jähriges Mädchen von Militärs vergewaltigt und viele Minderjährige sollen von Militärs zu harter Arbeit gezwungen werden. Die Nichtregierungsorganisationen erinnern im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Religionsfreiheit daran, dass „die Garantie gleicher Rechte für ethnische und religiöse Minderheiten ein grundlegender Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie, Freiheit und dauerhaftem Frieden ist“. (PA) (Fidesdienst, 22/03/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it